

14² 109/47

Landgericht Hamburg.

URTEIL

Im Namen des Rechts!

In der Strafsache

gegen

den Fabrikarbeiter
Leopold Theodor G o e s m a n n,
geboren am 1. Oktober 1906 in Hamburg,

hat die Strafkammer 2 des Landgerichts Ham-
burg in der Sitzung vom 16. Januar 1948,
an welcher teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Dr. Scheefe
als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Claussen,
Landgerichtsrat Dr. Brüggenmann
als beisitzende Richter,
Erster Staatsanwalt Dr. Sanders
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Justizantest. Isenbarg
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkennt:

Der Angeklagte wird wegen Totschlags in Tatein-
heit mit einem Verbrechen gegen die Mensch-
lichkeit und wegen schweren Landfriedensbruchs
in Tateinheit mit Freiheitsberaubung, versuchter
Nötigung, gefährlicher Körperverletzung und Ver-
brechen gegen die Menschlichkeit zu einer Ge-
samtsstrafe von 7 (sieben) Jahren und 4 (vier) Mo-
naten Zuchthaus verurteilt.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.
Die Polizei- und Untersuchungshaft wird an-
gerechnet.

G r ü n d e: I. Bisheriger Lauf des Verfahrens:

Am 15. Juli 1946 wurde gegen den Angeklagten Anklage wegen am
9. April 1933 an Walter Kasch begangenen Mordes erhoben. Durch
Urteil der Strafkammer 2 des Landgerichts Hamburg vom 29. No-
vember 1946 wurde das Verfahren eingestellt mit der Begründung,
daß Mord nicht erwiesen sei, vielmehr nur fahrlässige Tötung
festgestellt werden könne, die verjährt sei. Das Hanseatische
Oberlandesgericht hob auf die Revision der Staatsanwaltschaft
durch Urteil vom 12. Februar 1947 das vorgenannte Urteil mit den

den ihm zugrunde liegenden Feststellungen auf und verwies Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Gericht Bremen. Nachdem das Landgericht Bremen sich für unständig erklärt hatte, verwies das Hanseatische Oberlandesgericht durch Beschluß vom 13. August 1947 die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung wieder an das Landgericht Hamburg.

Eine weitere Anklage gegen den Angeklagten wurde am 12. September 1947 wegen am 7. April 1933 begangenen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit weiteren Straftaten erhoben.

Beide Sachen wurden durch Beschluß der Strafkammer vom 24. September 1947 zur gemeinsamen Verhandlung verbunden.

II. Die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten

Der Angeklagte ist als uneheliches Kind geboren, hat seinen Vater nie kennengelernt und verbrachte seine Kindheit bei Pflegeeltern, im Waisenhaus und in der Erziehungsanstalt Ohndorf. In der Volksschule blieb er zweimal sitzen, wurde 1920 aus der dritten Klasse konfirmiert, arbeitete dann kurze Zeit in der Landwirtschaft, anschließend auf der Werft und fuhr zur See. Einen Beruf hat er nicht erlernt. Mit 16½ Jahren erhielt er seine erste Strafe wegen Diebstahls von einem Monat Gefängnis, ein Jahr später wegen Diebstahls in drei Fällen vier Monate Gefängnis. 1927 folgen zwei kleinere Strafen wegen Diebstahls und Betruges und die erste größere Strafe von einem Jahr Gefängnis wegen schweren Diebstahls. 1928 erhielt der Angeklagte wegen insgesamt sechs Diebstahlsfällen im Rückfall eine Gesamtstrafe von 2½ Jahren Gefängnis.

1930 heiratete der Angeklagte zum ersten Mal, und zwar eine Frau, die er aus dem Bordell in Hannover geholt hatte. Sie arbeitete in Hamburg als Kellnerin; er war erwerbslos und geriet in den Verdacht der Zuhälterei. 1931 wurde er wieder wegen

wegen Diebstahlsversuchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. 1932 trennte der Angeklagte sich von seiner Frau. Im gleichen Jahr trat er in einen Marinesturm der S.A. ein. Er wohnte nun ganz im Sturmlokal, wurde dort verpflegt und stand ständig für die S.A. zur Verfügung zum Zettelverteilen, für Umzüge usw. Der Grund für den Beitritt lag nicht in politischer Überzeugung; der Angeklagte hatte sich bis dahin nie mit Politik befaßt. Es lockte ihn die Gesellschaft, die er dort fand, die Uniform, die freie Unterkunft und Verpflegung und schließlich die Aussicht, nach der erhofften Machtergreifung durch die NSDAP endlich eine befriedigende Beschäftigung zu erhalten. Beim Eintritt in die S.A. mußte er seine Vorstrafen angeben; man nahm ihn trotzdem auf und machte ihm Hoffnungen, daß darüber später ein Strich gemacht würde. Ende 1932 wurde er Scharführer.

Anfang Februar 1933 meldete sich der Angeklagte zur Hilfspolizei. Zunächst mußte er eine dreimonatige Ausbildung durchmachen, die in Infanteriedienst, Ausbildung mit Gewehr und Pistole bestand. Er wurde dem Polizeirevier 38 zugeteilt. Gelegentlich wurde er zu Absperrungen bei größeren Polizeiaktionen mit herangezogen. Im Hilfspolizeidienst trug er seine SA-Uniform mit einer weißen Armbinde. Eine Verpflichtung oder eine Ausbildung in den eigentlichen polizeilichen Aufgaben erfolgte zunächst noch nicht. Auch wurde keinerlei Vergütung gewährt, außer einer Karte zur verbilligten Fahrt auf der Hochbahn. Nach Ablauf der drei Monate Vorbereitungsdienst hoffte der Angeklagte, in die Polizei eingestellt zu werden; er scheiterte aber an seinen Vorstrafen und schied nun auch als Hilfspolizist aus.

Erst im Jahre 1934 erhielt der Angeklagte wieder Arbeit, und zwar bei den Gaswerken. Er vernachlässigte nun den SA-Dienst, der ihn nicht mehr interessierte, weil er meinte, daß seine Verdienste in der SA nur eine unzureichende Belohnung gefunden hätten. Er wurde deshalb aus der SA, später auch aus der NSDAP,

NSDAP, ausgeschlossen. Seine Stellung bei den Gaswerken verlor er schon 1935 wieder, angeblich infolge eines Streites mit dem Betriebszellenobmann.

Inzwischen lebte der Angeklagte mit einer anderen Frau zusammen, mit der er drei Kinder hatte. 1938 oder 1939 wurde seine erste Ehe geschieden, und er heiratete nun diese Frau. 1938 wurde er auch nach längerer Unterbrechung zum ersten Mal wieder straffällig; er erhielt wegen fortgesetzten Diebstahls ein Jahr und drei Monate Gefängnis. 1940 wurde er zu einem Pionerbataillon eingezogen; noch im gleichen Jahre wurde er durch ein kriegsgerichtliches Urteil wegen schweren Rückfalldiebstahls zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus verurteilt und ihm die Ehreabilität aberkannt. Die Zuchthausstrafe sollte erst ab Kriegsende rechnen; bis dahin wurde er ins Konzentrationslager Überlingen am Bodensee überwiesen. Er war in verschiedenen Lagern im Emsland, später in Nordnorwegen. Seine zweite Frau ließ sich währenddessen von ihm scheiden.

Am 15. Dezember 1945 kam der Angeklagte aus Norwegen nach Hamburg zurück und wurde hier am 19. Dezember 1945 in dieser Strafsache verhaftet. Bis zum 29. November 1946 befand er sich in Untersuchungshaft, aus der er an diesem Tage auf Grund eines Urteils der Strafkammer entlassen wurde. Am 30. Januar 1947 wurde er bei einem Einbruchsdiebstahl in Poppenbüttel überrascht, wegen dessen er noch acht Monaten Gefängnis bestraft wurde. In der jetzt zur Aburteilung stehenden Sache wurde er am 10. Februar 1947 erneut in Untersuchungshaft genommen. Diese wurde am 9. Juni 1947 durch Strafhaft (Verbüßung der Gefängnisstrafe von acht Monaten) unterbrochen.

III. Tatsächliche Feststellungen:

Im Jahre 1932 und in den ersten beiden Monaten des Jahres 1933 kam es in Eimsbüttel-Hoheluft, dem Bereich des Marine-

Marinesturms, zu dem der Angeklagte gehörte, zu häufigen Zusammenstößen, Überfällen und Schlägereien zwischen der SA und Kommunisten. Der Angeklagte, der sich ständig in Bereitschaft im Sturmlokal befand, nahm häufig hieran teil. Am 20. Februar 1933 wurde der SA-Mann Schumacher, der dem gleichen Sturm wie der Angeklagte angehörte, von mehreren Kommunisten unter Führung eines Walter Kasch auf der Straße überfallen, geschlagen und einiger Sachen beraubt. Am 26. Februar 1933 wurde in der dortigen Gegend der Hitlerjunge Otto Blöcker erschossen; im Marinesturm des Angeklagten hielt man auch hierbei den Walter Kasch für einen der Hauptbeteiligten. Die Polizei suchte den Kasch wegen des Überfalles auf Schumacher; ob sie auch in der Sache Blöcker nach ihm fahndete, kann nicht mehr festgestellt werden, da diese Akte inzwischen vernichtet worden ist. Kasch hatte anfang März seine Wohnung verlassen und hielt sich mit seiner Verlobten in einer Wohnlaube an der Güterumgehungsbahn in Lokstedt verborgen. Ein offenes Auftreten der Kommunisten auf den Straßen war von dieser Zeit ab nicht mehr möglich, da ihre führenden Männer in Schutzhaft genommen waren.

Im Marinesturm des Angeklagten hatte man noch einen besonderen Anlaß, nach Walter Kasch zu forschen. Der Sturmführer Hoffmann hatte im Sturmlokal bekanntgegeben, daß er einen Brief von Kasch erhalten hatte, worin dieser seinen Übertritt in die SA anbot und dabei versprach, wichtiges Material über die KPD mitzubringen. Es war dem Hoffmann nun darum zu tun, dies Material in die Hände zu bekommen, und er hatte deshalb die Angehörigen seines Sturmes beauftragt, nach dem Versteck des Kasch zu forschen.

a) Fall Outzen:

Zu den Kommunisten des dortigen Stadtteils gehörte auch der Zeuge Outzen, damals 19-jähriger Friseurlehrling. Er

Er wurde später wegen Beteiligung an dem Überfall auf Schu des
zu 5 Jahren Zuchthaus und wegen Beihilfe zur Ermordung Ott soll
Blöckers zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von einer Betei kein
gung des Outzen an diesen Taten war aber im April 1933 der ben
gen SA und der Polizei nichts bekannt, sodaß er sich frei Auss
gen konnte. Der Angeklagte kannte ihn von Ansehen und hielt Rach
für eine Art Kurier innerhalb der kommunistischen Organisa Stra
Am 7. April 1933 befand sich Outzen mit einem anderen K auch
nisten namens Finnnern in der Wirtschaft Hansen, die einako b) F
nistisches Verkehrslokal war. Andere Personen in der Wirts . A
insbesondere ein angetrunkener Harmonikaspieler, sangen. ande
Sturmlokal des Marinesturms wurde nun gemeldet, daß in der 21 U
Wirtschaft Hansen die Internationale gesungen würde. Der Aufe
klagte eilte sofort mit einigen anderen SA-Leuten dorthind dem
als Erster in das Lokal ein und forderte mit der Pistole i Loka
Hand die Anwesenden auf, die Hände hochzuheben. Er wendete kal
dann Outzen und Finnnern zu, die der SA als Kommunisten bek gehe
waren, ließ durch einen SA-Mann das Polizeikommando z.b.V. die
rufen, das auch nach kurzer Zeit mit Kraftwagen erschien u zeiw
auf die Angaben des Angeklagten Outzen und Finnnern mitnahm keit
Beide wurden aber nur bis zur Polizeiwache in der Eichenst werd
gebracht und dort wieder abgesetzt. Dortige Beamte verhörten zuv
ohne einen Grund zum Einschreiten zu finden. Während des Ver gekl
erschien der Angeklagte mit einem anderen SA-Mann vorüberge Männ
hend in der Wache und sprach mit den Beamten. Outzen und Fi nich
wurden dann zu ihrem eigenen Schutz noch eine Weile auf der klag
che zurückbehalten, damit die Aufregung der SA sich legen Zeug
te, und dann entlassen. Als sie kaum die Wache verlassen ha Zeug
ten, kamen von allen Seiten Personen in Zivil und in SA-Unt Röst
form auf sie zu und umringten sie. Unter ihnen befand sich den
Angeklagte, der mit der Pistole in der Hand Outzen aufforde Stur

des Haufens war, nichts von den Mißhandlungen bemerkt haben sollte, die unter seinen Augen vor sich gingen. Das Gericht hat keinen Anlaß, der eidlichen Aussage des Zeugen Outzen den Glauben zu versagen. Er hat in klarer und sachlicher Weise seine Aussage gemacht, und nichts deutet darauf hin, daß er etwa aus Rachegefühlen etwas Falsches aussagt. Er hat auch jetzt keine Strafanzeige gegen den Angeklagten erstattet, und er bekundet auch, daß der Angeklagte persönlich ihn nicht geschlagen habe.

b) Fall Kasch:

Am Abend des 9. April 1933 befand sich der Angeklagte nebst anderen Angehörigen des Marinesturms im Sturmlokal. Etwa gegen 21 Uhr kam der Sturmführer Hoffmann und sagte, daß er jetzt den Aufenthalt des Kasch erfahren habe; dieser befinde sich in einer dem Weiland gehörigen Wohnlaube an der Güterumgehungsbahn in Lokstedt. Er beauftragte den Angeklagten und die anderen im Lokal befindlichen SA-Leute, etwa ein Dutzend, sofort dorthin zu gehen und den Kasch festzunehmen und auch nach einem Material für die KPD zu suchen. Kasch sollte dann zum Gauhaus oder zur Polizeiwache 39 gebracht werden; Hoffmann fügte hinzu, nach Möglichkeit sollte Kasch nicht zur Polizei, sondern zum Gauhaus gebracht werdenda bei der Polizei noch manche Leute wären, die nicht ganz zuverlässig wien. Die Führung des Unternehmens wurde dem Angeklagten übertragen. Dieser ging sofort mit etwa 13 weiteren SA-Männern in Richtung Lokstedt los, wobei eine besondere Ordnung nicht eingehalten wurde. Bei dem Trupp befand sich außer dem Angeklagten noch ein weiterer Hilfspolizist namens Becker, ferner die Zeugen Winkler, Lemberger, Wolf und Häger, möglicherweise auch der Zeuge Claussen, weiter die SA-Männer Schultz, Schwartz, Gallien, Rösler, Hille und Schrader, die heute nicht mehr ermittelt werden können oder gestorben sind. Wolff war erst etwas später zum Sturmlokal gekommen, als der Trupp bereits abgerückt war, und

aufforderte, ihm den Aufenthaltsort des Walter Kasch anzugeben und wurde von Outzen erwidert, er wüßte es nicht und wollte weitergehen. Er wurde jedoch von den Umstehenden festgehalten. Der Angeklagte fragte mehrmals in drohendem Tone und forderte ihn schließlich mit Pistole in der Hand auf: »Na, dann lauf mal bis zu der Laterne!« Outzen tat dies nicht, da er fürchtete, dann von hinten erschossen zu werden. Von allen Seiten wurde er nun geschlagen, getreten und bespuckt. Der Angeklagte beteiligte sich nicht mit eigener Hand an den Mißhandlungen, war aber weiter der Wortführer und forderte Outzen immer wieder auf, das Versteck des Kasch zu nennen. Während dessen bewegte sich der ganze Haufen durch die Eichenstraße und Ottersbeckallee zum Eimsbütteler Park, in dem sich ein Weiher befindet. Der Angeklagte wies auf das Wasser hin und drohte dem Outzen, er würde dort hineinfliegen, wenn er nicht endlich das Versteck des Kasch angeben würde. Outzen verlor nun durch eine heftige Schläge kurz das Bewußtsein, fühlte sich dann hochgehoben und wurde mit Schwung ins Wasser geworfen. Dort kam er wieder zu sich und rettete sich schwimmend zu einer Insel. Vom Wasser aus sah er noch wie die Sa-Leute alle wegliefen. Eine Anzeige wegen des Vorfalls erstattete er nicht, weil er fürchtete, dann selbst ins Konzentrationslager zu kommen.

Der Angeklagte gibt zu, daß er Outzen bedroht zu haben, um von ihm den Aufenthalt des Kasch zu erfahren. Er bestreitet, in der Polizeiwache während der Vernehmung des Outzen gewesen zu sein, bestreitet ferner, irgendetwas von Mißhandlungen des Outzen zu haben und behauptet, schon vor Erreichen des Eimsbütteler Parks zurückgeblieben zu sein und mit Ins-Wasser-Werfen weder gedroht noch dabei anwesend gewesen zu sein. Er sei erst später wieder zugekommen, als Outzen bereits im Wasser lag. In allen diesen Punkten wird er jedoch durch die eidliche und glaubwürdige Aussage des Outzen überführt. Es wäre auch völlig unverständlich, wie ein Angeklagter, der nach eigenem Eingeständnis der Mißhandlungen

und wurde vom Sturmführer Hoffmann gleich hinterhergeschickt, ohne zunächst zu wissen, worum es sich handelte. Die meisten oder alle Beteiligten trugen Pistolen oder Revolver bei sich. Der Angeklagte hatte über seiner Uniform eine Ziviljacke und hatte die Hilfspolizeibinde nicht angelegt. Die Anderen trugen teils Uniform, teils Zivil.

Zwischen 22 und 23 Uhr traf der Trupp in dem Schrebergartengelände an der Güterumgehungsbahn in Lokstedt ein. Es war sehr dunkel, ein leichter Regen fiel. Beleuchtungseinrichtungen befanden sich dort nicht. Der Angeklagte teilte den Trupp in kleine Gruppen, die nun nach der Laube suchen sollten, in der Kasch sich befand. Die Durchsuchung in den Gärten und bei den Lauben ging mit ziemlichem Lärm vor sich. Eine Gruppe drang in die Laube des Zeugen Lüders ein. Ein Mann in SA-Uniform setzte dem Lüders die Pistole auf die Brust und fragte ihn, wo Kasch sich aufhalte. Lüders konnte keine Auskunft geben. Eine andere Gruppe mit Winkler und Lemberger war dagegen unmittelbar zu der Laube gelangt, in der Kasch sich aufhielt. Winkler war nämlich früher einmal in der Laube des Wieland zu Besuch gewesen und kannte daher die Lage dieser Laube, in der Kasch sich ja nach Angabe des Sturmführers Hoffmann aufhalten sollte. Die Laube war verschlossen, und auf Klopfen und Rufen meldete sich niemand. Einer der SA-Männer stieß nun mit der Pistole durch die Fensterscheibe und forderte auf, zu öffnen. Darauf meldete sich dann die Verlobte des Kasch und öffnete die Tür. Die SA-Männer traten ein und fanden drinnen den Kasch, der mit Winkler und Lemberger bekannt war. Lemberger und Kasch waren zusammen zur Schule gegangen und hatten sich trotz politisch entgegengesetzter Anschauungen immer gut vertragen.

Durch laute Rufe "Wir haben ihn" wurden nun der Angeklagte und die anderen SA-Männer herbeigeholt. Der Angeklagte erklärte dem Kasch, daß er Befehl hätte, ihn mitzunehmen. Schrader drang schimpfend auf Kasch ein, behauptete, vor einiger Zeit von ihm in

in die Hacke geschossen worden zu sein und wollte tötlich g
Kasch werden. Er wurde aber von den Anderen zurückgehalten
rief darauf dem Kasch zu, sie würden nachher noch abrechnen.
Angeklagte schickte nun alle SA-Männer mit Ausnahme von Beck
hinaus und nahm eine Durchsuchung in den Taschen des Kasch
der Laube vor, lohne etwas in Interessierendes zu finden. Vor
Abmarsch ließ er Kasch seine langen Stiefel ausziehen und die
Holzpantoffeln anziehen, die vor der Laube standen. Winkler
dem Kasch sein Ehrenwort, daß ihm nichts passieren würdes seit
der SA-Männer; er würde nur zur Polizei gebracht werden. Der
Angeklagte gab Lemberger den Auftrag, noch bei der Laube zu
bleiben und dafür zu sorgen, daß die Verlobte des Kasch nicht
mitkäme. Lemberger blieb mit Becker bei der Laube zurück, wä
rend die Anderen mit Kasch in der Mitte abrückten. Der Angek
ging heben Kasch. Zunächst ging es einen schmalen Weg an der
entlang, der nach etwa 100 Metern auf den Hauptweg stößt, de
nach Hamburg führt. An dieser Ecke gab es einen Halt. Winkle
drehte für sich und Kasch Zigaretten und zündete sie an. Es w
so dunkel, daß man nur bei dem Feuerschein des Anzündens die
Gesichter erkennen konnte. In diesem Augenblick standen der
geklagte, Winkler und Kasch dicht beisammen, höchstens zwei
Meter auseinander. Ein Teil der anderen SA-Männer war etwas
rückgeblieben.

Als die Zigaretten angezündet worden waren, rief der Ange
klagte: "Los, Kasch, weiter!". Winkler drehte sich zu den zu
rückgebliebenen Männern um und rief ihnen zu, mitzukommen. In
diesem Augenblick gab der Angeklagte mit seinem Revolver eine
Schuß auf Kasch ab. Unmittelbar darauf fielen einige weitere
Schüsse, von denen nicht feststeht, wer sie abgegeben hat. Ins
gesamt waren es etwa 4 bis 10 Schüsse, in schneller Folge na
einander abgegeben. Jemand rief laut: "Wer nicht schießt, wir
selbst erschossen". Kasch erhielt einen Schuß in das Knie, er

einen Schuß in den Bauch und zwei in den Rücken. Andere Personen wurden nicht getroffen. Kasch brach, noch bei Bewußtsein, auf dem Wege zusammen. Irgendjemand schlug ihm mit einem harten und scharfen Gegenstand, vielleicht einem Messer, auf den Kopf. Sämtliche SA-Leute verließen fluchtartig den Tatort, ohne sich um Kasch weiter zu kümmern oder das Eintreffen der Polizei abzuwarten. Die Verlobte des Kasch war nach den Schüssen sofort aus der Laube zu ihm geeilt, und er äußerte zu ihr, daß Winkler ihn verraten habe.

Einige Zeit später traf Polizei ein. Kasch wurde ins Eppendorfer Krankenhaus gebracht. Die zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemachte Krankengeschichte enthält folgenden Vermerk über seinen Zustand:

„ Vollkommen kollabierter junger Mann. Haut vollkommen kalt. Man sieht Einschüsse rechts etwas oberhalb der Kniescheibe, links seitlich vom Nabel. Auf dem Rücken links in Höhe des Beckenrandes 3 Querfinger von der Wirbelsäule entfernt und 2 Querfinger unterhalb dieses Einschusses. Am Schädel ein Hämatom. Quetschwunde am Kopf. „

Während die Ärzte versuchten, den Bauchschuß zu versorgen, trat um 3 Uhr morgens der Tod ein.

Die Kleidung und die Mütze des Verstorbenen wurden vom Eppendorfer Krankenhaus seinem Vater, dem Zeugen Kasch, übergeben. Dieser stellte an der Kleidung einen Einschuß in der Kniegend und mehrere in Gürtelhöhe fest. Die Mütze war von innen blutbeschmiert und hatte ein schlituartiges Lochetwa wie von einem Messerstich. Auch die Mutter des Verstorbenen, die Zeugin Kasch, sah diese Beschädigungen der Kleidung und der Mütze. Später mußte das Zeug an die Kriminalpolizei abgegeben werden.

Eine polizeiliche Untersuchung wurde eingeleitet, die sich auf Grund der letzten Worte des Kasch an seine Verlobte in erster Linie gegen Winkler richtete, daneben auch gegen den Angeklagten. Beide wurden vom damaligen Leiter der

Hamburger Kriminalpolizei, Regierungsrat Purucker, vernommen. Der Oberstaatsanwalt Altona, in dessen Bereich der Tatort geöffnete ein Ermittlungsverfahren gegen Winkler u. Gen. zum Teil Kasch unter dem Aktenzeichen 5 J 285/33. Das Verfahren am 1. September 1933 auf Grund der Amnestie vom 25. Juli 1933 eingestellt. Die Akten sind nicht mehr vorhanden, sodaß nicht mehr festgestellt werden kann, was die Beteiligten damals gesagt haben und was die Sektion des Kasch ergeben hat.

Der Sturmführer Hoffmann hatte im Sturm ein Verbot ausgesprochen sich noch weiter privat über die Sache zu unterhalten, ein Verbot, das jedoch nicht streng befolgt wurde. Winkler setzte sich gegen den Verdacht, der auf ihn gefallen war, energisch zur Wehre. Goosmann wurde allgemein im Sturm für den Täter gehalten.

Die vorstehenden Feststellungen beruhen zum Teil auf den eigenen Angaben des Angeklagten, ferner auf den Aussagen der beeidigt vernommenen Zeugen Winkler, Lemberger, Wolff, Häge, Lüders, Zilian, Eheleute Kasch und auf der als Beweismittel angezogenen Krankengeschichte des Eppendorfer Krankenhauses Nr. 467/33 betr. Walter Kasch.

Der Angeklagte gibt in der Hauptverhandlung folgende Darstellung:

Der Sturmführer Hoffmann sei damals zum Befehl zur Festnahme des Kasch berechtigt gewesen. Er habe als Sturmführer "kommunistische Gewalt" gehabt. Der Angeklagte und Becker seien in ihrer Eigenschaft als Hilfspolizisten besonders mit der Durchführung der Festnahme beauftragt worden. Es sei bekannt gewesen, daß Kasch von der Polizei gesucht wurde. Trotzdem sei die Festnahme ohne Mitwirkung der Polizei durchgeführt worden, weil Hoffmann der Polizei nicht recht getraut und es deshalb für sich gehalten habe, wenn das erwartete Material über die KPD direkt in die Hände der Partei gelangte. Jedenfalls habe der

der Angeklagte den Sturmführer zu einem solchen Festnahmebefehl für befugt gehalten, und er habe sich nicht weigern können, diesen Befehl auszuführen.- Hoffmann habe bei Erteilung des Auftrages gleich darauf hingewiesen, daß es sich um ein unübersichtliches Gelände handle und daß man vorsichtig sein müsse, damit niemand "auf die Nase falle", vor allem aber betont, daß Kasch nichts passieren dürfe. Das Schrebergartengelände sei damals noch ganz kommunistisch beherrscht gewesen; man habe sich also gewissermaßen in Feindesland befunden, habe jederzeit mit einem Zusammenstoß mit Kommunisten rechnen müssen, und der Angeklagte habe sich deswegen zur Tarnung eine Ziviljacke über die Uniform gezogen. - Die Durchsuchung in der Laube hätten der Angeklagte und Becker in ihrer Eigenschaft als Hilfspolizisten durchgeführt und deshalb die anderen SA-Leute herausgeschickt. Der Angeklagte habe Kasch aus dem Grunde die Stiefel ausziehen und Holzpantoffeln anziehen lassen, um ihn am schnellen Laufen zu hindern und dadurch einen Fluchtversuch von vornherein zu vereiteln. Auch habe der Angeklagte den Kasch beim Verlassen der Laube darauf hingewiesen, daß er von der Waffe Gebrauch machen würde, falls Kasch einen Fluchtversuch machen würde. Die Verlobte des Kasch habe er deswegen unter Bewachung zurückgelassen, damit sie nicht andere Kommunisten aus der Gegend alarmieren könne, um den Kasch wieder zu befreien. - Während der Zigarettenpause an der Wegecke habe der Angeklagte seine Leute gruppiert, um den Rückmarsch zu sichern, der durch das eigentliche kommunistische Gelände führen sollte. Den Häger habe er nach rechts heraus auf die Wiese als Seitensicherung geschickt. Die anderen Leute sollten vorne, links und hinten sichern. Unmittelbar neben Kasch seien rechts Schulz und Wolff, links Schader und Hille gegangen. Nach der Zigarettenpause habe er gesagt: "Los, Kasch, weiter!". Der Angeklagte habe sich dann noch kurz

kurz mit Schwartau unterhalten und ihn beauftragt, seinen Wagen in die Nähe zu holen. Als er sich dann wieder zu Kasch gedreht habe, habe er gesehen, daß dieser "mit affenartiger Geschwindigkeit" eine Bewegung nach rechts rüber gemacht habe. Kasch habe in diesem Augenblick ganz allein gestanden. Der Angeklagte habe den Eindruck gehabt, daß Kasch fliehen wollte. Rechts war der Weg von einem kleinen Graben und einem Draht begrenzt; dahinter lag eine Wiese. Wenn Kasch darüber gekommen wäre, wäre er verschwunden gewesen. Der Angeklagte sei von in diesem Augenblick etwa 10 Meter entfernt gewesen. Es sei genügend eine Beleuchtung dort gewesen, so daß er die Bewegung Kasch deutlich habe wahrnehmen können. Auf näheres Befragen die Art der Bewegung des Kasch erklärt der Angeklagte, Kasch habe "nach rechts rüber gedrängt", spricht dann wieder von "affenartiger Geschwindigkeit" dieser Bewegung und sagt schließlich, er wisse nicht, wie er sich ausdrücken solle. Kasch habe am Grabenrand gestanden, er habe nach der Ansicht des Angeklagten einen Satz machen wollen. Auf Befragen, wo die Personen, die kurz vorher rechts und links neben Kasch gegangen waren, geblieben seien, erklärt der Angeklagte, er wisse es nicht. Kasch sei plötzlich ganz allein gewesen; es habe keiner bei ihm gestanden. Auf Vorhalt, daß der Angeklagte früher einmal gesagt habe, es sei möglich, daß Kasch eine Ausweichbewegung nach rechts gemacht haben weil der links neben ihm stehende Schrader ihn schlagen wollte, erklärt nun der Angeklagte: das sei möglich, denn links von Kasch hätten noch Schrader und Hille gestanden. Auf die Wahrnehmung der Bewegung des Kasch habe der Angeklagte sofort in Richtung auf ihn einen Schuß abgegeben, mit etwas schräg nach oben aus gestrecktem Arm, ohne zu zielen. Ob er "Halt" gerufen habe, wisse er nicht mehr. Der Schuß sollte ein Warnschuß für Kasch sein und sollte zugleich die anderen SA-Leute alarmieren. Wenn der Schuß den Kasch getroffen habe,

40

haben sollte, dann höchstens in Kopf oder Schultern, keinesfalls tiefer. Es habe dem Angeklagten vollständig fern gelegen, ihn zu treffen, da er ihn ja abliefern sollte. - Nach dem Schuß des Angeklagten seien sofort von vorn her andere Schüsse gekommen. Der Angeklagte habe angenommen, daß die Kommunisten von dort auf die SA schossen. Er sei deshalb sofort in den Gräben gesprungen und habe Deckung genommen. Gerufen habe er nichts. Callien habe dann etwas gerufen und die Anderen zum Schießen aufgefordert, und diese hätten dann auch geschossen. Insgesamt seien wohl 20 bis 30 Schüsse gefallen. Die Schießerei habe keine Minute gedauert. Außer Hille hätten Alle Pistolen oder Revolver gehabt, und alle hätten geschossen. - Der Angeklagte habe den Kasch nicht weiter beachtet. Er sei nach rechts auf die Wiese gekrochen und sei dann nach Hamburg gegangen, habe auf dem Rückweg auch noch Kameraden getroffen. - Bei der Abgabe des ersten Schusses habe der Angeklagte ganz ohne Überlegung gehandelt, denn es sei so blitzschnell gegangen. Weitere Schüsse habe er gar nicht abgeben können, da er nur eine Patrone gehabt habe.

Diese Einlassung des Angeklagten steht teilweise in wehebllichem Widerspruch mit seinen früheren Angaben, die ihm deshalb in der Hauptverhandlung vorgehalten wurden und die abgegeben zu haben er nicht bestreitet. Bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung am 19.12.1945 sagte der Angeklagte:

" Zwischen Maiglöckchenweg und Veilchenweg hörten wir von entgegenkommenden Personen einen Anruf; diesem Rufe folgte Kasch und versuchte, nach dort zu entkommen. Plötzlich wurde von den Entgegenkommenden geschossen. Die Schüsse wurden von uns erwidert. Da wir alle Waffen besaßen, gaben wir auch alle Schüsse ab. Auf Grund der Schießerei haben wir uns aus dem Staube gemacht. Daß Kasch angeschossen wurde und später an der Schußverletzung gestorben ist, haben wir nachträglich durch Verhandlungen erfahren. "

In seiner ersten richterlichen Vernehmung am 20.12.1945 bezog sich der Angeklagte auf diese Aussage und fügte hinzu:

hinzuz:

" Kasch ist bei dem Feuergefecht zwischen uns und den Angehörigen der KPD getötet worden."

Diese Darstellung bestätigte er vor dem Untersuchungsrichter am 5. Januar 1946. In der Vernehmung am 14. Januar 1946 machte er vor dem Untersuchungsrichter folgende Angaben:

" ... Als der Hauptweg eine kleine Biegung machte, hatte ich den Eindruck, daß Kasch, der mit Wolff und Schultz 6 bis 7 Meter vor mir ging, einen Ausfall gegen Wolff machte. Es sah jedenfalls so aus, wie wenn Wolff stolperte und wie wenn irgend einen Sprung machen wollte. Ich trug meinen Trommelrevolver während der letzten Zeit lose in der Hand. Als ich mir diese unklaren Sachen sah, hob ich den Revolver hoch und schoß nach vorn hin.

Auf Vorhalt: Ich habe nicht auf Kasch gezielt.

Auf weiteren Vorhalt, ob er denn etwa auf Schultz oder auf Wolff, die doch neben dem Kasch gingen, gezielt habe, oder welche Richtung er sonst geschossen habe:

Ich habe nach vorn hoch geschossen, und zwar in Richtung auf Kasch. Ich habe aber nicht direkt auf Kasch gezielt. Ich kann auch nicht sagen, ob ich ihn getroffen habe. Wenn ich ihn getroffen habe, müßte ich ihn ziemlich hoch, etwa in Schulterhöhe, getroffen haben.

Ich habe nur einen einzigen Schuß abgegeben, weil ich in meinem Revolver nur einen Schuß hatte. Mit diesem zusammen schoß gleichzeitig Schwartau, den ich kurz vorher von unserer rechten Seite herangerufen hatte und der nun links neben mir ging. Schwartau gab aus seiner Pistole 08 2 Schüsse ab. Als die 3 Schüsse von Schwartau und mir gefallen waren, fiel Kasch. Unmittelbar nachdem ich und Schwartau geschossen hatten, schossen auch Wolff, Schultz und vielleicht auch

Schrader. Es wurde jedenfalls von vorn geschossen. Ich habe gesehen, wie von dort her, wo Schultz, Wolff und Schrader standen, Schüsse auf Kasch abgegeben wurden. Hille, der auch noch vorn ging, konnte nicht geschossen haben, weil er keine Waffe besaß. Als diese Schüsse fielen, habe ich mich in den Graben geworfen. Schwartau muß in meiner Nähe geblieben sein. Ich warf mich in den Graben, um nicht in irgend einen Schuß zu kommen. Als Kasch am Boden und ich noch im Graben lag, rief Gallien, daß der, der nicht schießen würde, ein Lump sei. Jedenfalls tat er eine Äußerung in dem Sinne. Daraufhin schrie Gallien erstmal selber auf den am Boden liegenden Kasch, gleich mit Lemberger, Claussen und Rösler. Sie schossen aus einer Entfernung von 2 bis 3 Metern. Kasch gab keinen Laut von sich ... "

Kurz vor dieser Aussage hatte der Angeklagte dem Zeugen Häberle im Untersuchungsgefängnis einen Kassiber zugesteckt, in dem er etwa die gleiche Darstellung gab wie in seiner Vernehmung vom 14. Januar 1946, die er noch durch eine Skizze erläuterte. Er fügte dann noch hinzu:

Es war
men
wäre.
Ich
nur
rech
alle
es al
Aber
dürfe

Nach

vor dem

" Ich
tung
auf
stand
meine
Eindr
SA-K
losge
Kasch
in R
mir
dere
Kasch
hatte
meist
so,
ist.

Dies

Zeugen

Win

geklag

stens

weiter

dreht.

ste So

sche g

wisse

nieman

des Ka

nistis

hinter

Es war wohl dazumals die Abmachung, daß ich alles auf mich nehmen sollte, weil ich keine Arbeit hatte und nicht so bekannt wäre. Denn Schwartz war Geschäftsmann, Lemberger war Banku.s. Ich halte mich an diese Abmachung nicht mehr gebunden und stehe nur für das ein, was ich gemacht habe. Ich habe einmal geschossen rechts oben. Schulterblatt. Davon ist K. nicht gestorben. Wenn alle vernünftig aussagen, keinen Bestimmten belasten täten und es als Notwehr hinstellten, dann könnte nur Freispruch rauskommen. Aber so wie es jetzt ist, ist scheiße. Da heißt es kämpfen. Die dürfen nicht merken, daß wir hier zusammenkommen, dann ist Ende."

Nach einer Tatortbesichtigung machte der Angeklagte am 18.2.46 vor dem Untersuchungsrichter folgende Angaben:

"Ich habe ohne Tötungsabsicht geschossen. Ich habe zwar in Richtung Kasch geschossen, ohne richtig zielen zu können. Ich habe auf Grund eines momentanen Entschlusses heraus geschossen. Ich stand nicht so dicht bei Kasch, wie Winkler das schildert. Nach meiner Erinnerung war Kasch etwa 10 Meter vor mir. Ich hatte den Eindruck, als ich auf Kasch blickte, daß zwischen Kasch und den SA-Kameraden die bei ihm standen und die bereits wie der mit Kasch losgegangen waren, irgendetwas im Gange war. Ich glaubte, daß Kasch einen Fluchtversuch machen wollte. Darauf schoß ich sofort in Richtung Kasch und warf mich gleich hin, als Schüsse auch vor mir fielen, die vielleicht Schrader, Schulz oder irgend ein anderer abgegeben haben mag. Die Schießerei war schon zu Ende, ehe Kasch zu Boden gefallen war. Die SA-Kameraden, die eine Waffe hatten, trugen sie ja schußbereit in der Hand, jedenfalls die meisten, und die werden dann sofort geschossen haben. Es ist nicht so, daß auf den am Boden liegenden Kasch noch geschossen worden ist. Ich habe jedenfalls derartiges nicht beobachtet. ..."

Diesen Angaben des Angeklagten stehen folgende Aussagen der Zeugen in der Hauptverhandlung gegenüber:

Winkler bekundet, während der Zigarettenpause hätten der Angeklagte, Winkler und Kasch dicht beieinander gestanden, höchstens 2 Meter auseinander, während die anderen SA-Leute sich weiter zurück am Bahndamm befanden. Winkler habe sich herumgedreht, um sie heranzurufen, und in diesem Augenblick sei der erste Schuß gefallen. Winkler sei dann sofort nach links in die Büsche gesprungen und weggelaufen. Wer die Schüsse abgegeben habe, wisse er nicht. Im Moment des ersten Schusses habe sich sonst niemand in der Nähe des Kasch befunden. Von einem Fluchtversuch des Kasch habe er nichts bemerkt, ebensowenig von einem kommunistischen Feuerüberfall. Es seien etwa 8 bis 10 Schüsse schnell hintereinander gefallen.

Der Zeuge Lemberger bekundet, er sei auf Befehl des Angeklagten zusammen mit Becker bei der Verlobten des Kasch an Laube zurückgeblieben. Becker und er seien gerade von der Laube weggegangen um den andern zu folgen, als die Schüsse fielen; seien etwa 3 - 4 Schüsse in schneller Folge gewesen. Jemand habe gerufen: "Wer nicht schießt, wird selber erschossen!" Die Verlobte des Kasch habe aufgeschrien und sei sofort zu der Stelle, wo geschossen wurde, hingelaufen. Lemberger sei auch in Richtung Hamburg gelaufenen Kasch habe er dabei nicht gesehen; dazu sei es zu dunkel gewesen. Auf dem Rückwege sei er Winkler und den Angeklagten getroffen; Dieser habe zu ihm gesagt, sie sollten nach Hause gehen, er würde dem Sturmführer Meldung machen. Am nächsten Morgen habe auch Lemberger mit Sturmführer über die Sache gesprochen, und dieser habe ihm heftigsten Vorwürfe gemacht. Winkler habe sich heftig gegen Verdacht gewehrt, den Kasch erschossen zu haben.

Wolff bekundet, er sei erst etwas später zu der Unternehmung gekommen und habe während der Durchsuchung im Laubengelände einen Zaun gesessen. Als gerufen wurde, daß man Kasch habe, er hingegangen und habe Kasch gesehen, umgeben von einer Gruppe SA-Männer. Da es genug Leute gewesen seien, um ihn abzutransportieren, und da es geregnet habe, habe er sich wieder auf Heimweg gemacht. Einen besonderen Auftrag vom Angeklagten habe er nicht erhalten. Als er sich auf dem Weg nach Hamburg befunden habe, habe er hinter sich 3 oder 4 Schüsse gehört. Jemand sei dann vorbeigelaufen und habe gerufen: "Sie haben ihn umgelegt." Auf Grund dieses Vorfalles habe er sich von der SA getrennt und sei nicht mehr zum Dienst gekommen und später ausgetreten. In Gesprächen hätten Angehörige des Sturmes ihm gegenüber den Angeklagten als den Täter bezeichnet.

Häger bekundet, auf dem Rückweg von der Laube habe der

Trupp sich auseinandergezogen, und er habe sich bei der Gruppe befunden, die etwas zurückblieb und am Bahndamm stehen blieb. Etwa in 20 Meter Entfernung vor sich habe er einen Feuerschein aufflammen gesehen. Kurz darauf seien Schüsse gefallen; es sei eine kurze Reihe von Schüssen gewesen. Von einem kommunistischen Angriff habe er nichts bemerkt. Im Augenblick der Schüsse seien Winkler und der Angeklagte bei Kasch gewesen; die drei seien etwas vorausgegangen. Häger sei dann nach Hause gelaufen, im Vorbeilaufen habe er Kasch am Boden liegen sehen.

Die Zeugen Lüders und Zilian bekunden, sie hätten sich zur Zeit der Tat in ihren in der Nähe gelegenen Wohnlauben befunden. Der Tatort sei dunkel und unbeleuchtet gewesen, man habe nur die Umrisse der Personen erkennen können. Es seien fünf aufeinanderfolgende Schüsse gefallen.

Das Gericht kommt gegenüber der Einlassung des Angeklagten zu folgenden Feststellungen:

Es kann dem Angeklagten nicht widerlegt werden, daß er den Auftrag des Sturmführers Hoffmann zur Festnahme des Kasch für rechtmäßig hielt. Nachdem das verfassungsmäßige Recht der persönlichen Freiheit durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 aufgehoben worden war, erfolgten massenweise Festnahmen von Kommunisten, wobei von der Polizei auch häufig SA-Leute als Hilfspolizisten herangezogen worden waren. Solche Aktionen hatte auch der Angeklagte schon mitgemacht. Ob dem SA-Sturmführer Hoffmann irgendwelche polizeimäßigen Befugnisse damals übertragen waren, kann zwar nicht mehr festgestellt werden; es ist aber dem Angeklagten zu glauben, daß Hoffmann den Sturmangehörigen etwas von der "kommissarischen Gewalt" sagte, die er besitze, wie ja derartige verschwommene Begriffe damals gern gebraucht wurden, um die Unterschiede zwischen Recht und Macht zu vernebeln. Der ungeschulte Angeklagte war

war nicht in der Lage, eine Nachprüfung der wirklichen Befehle seines Sturmführers vorzunehmen. Das Gericht zweifelte auch nicht daran, daß niemand damals dem Angeklagten den Vorwurf der rechtswidrigen Freiheitsberaubung gemacht haben würde, wenn er den Kasch festgenommen und an den Gau oder die Polizei ausgeliefert hätte.

Die Behauptung des Angeklagten, Hoffmann habe bei Erteilung des Festnahmeantrags ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Kasch nichts passieren dürfe, wird von keinem der Zeugen bestätigt. Falls Hoffmann eine derartige Bemerkung gemacht haben sollte, so haben jedenfalls weder der Angeklagte noch die anderen SA-Männer sie für Ernst genommen, wie ihr Verhalten der Tat zeigt, als sie sämtlich davonliefen, ohne sich weiter um Kasch zu kümmern, an dessen unversehrter Einbringung der Sturmführer angeblich so viel gelegen sein sollte.

Nachgewiesenermaßen unrichtig ist die weitere Behauptung des Angeklagten, das Schrebergartengelände, in dem die Festnahme durchzuführen war, sei zu der Zeit noch kommunistisch beherrscht gewesen, man habe deshalb mit kommunistischen Befreiungsversuchen oder Angriffen rechnen müssen. Weder auf dem Hinweg noch auf dem Rückweg haben die SA-Männer irgendeine Marschsicherung durchgeführt. Insbesondere haben sie sich einzeln auf den Weg gemacht, obwohl doch die angeblich drohende kommunistische Streitmacht spätestens durch die Schüsse hätte alarmiert werden müssen. Die Zeugen Lüders und Zilian haben bekundet, mit welchem Lärm und Geschrei die Durchsuchungsaktion im Laubengarten vor sich ging. Keiner der als Zeugen vernommenen SA-Männer hat bekundet, daß man in irgendeiner Weise mit einer kommunistischen Störung der Aktion gerechnet habe. Das Gericht ist überzeugt, daß auch der Angeklagte damals, Anfang April 1934, nicht ernstlich mit einer solchen Möglichkeit rechnete.

Als unrichtig sieht das Gericht auch die Behauptung des Angeklagten an, er habe während der Zigarettenpause eine besondere Gruppierung des Trupps zur Sicherung des Rückmarsches durchgeführt. Aus allen Zeugenaussagen geht hervor, daß der Trupp sich in völlig zwangloser Gliederung bewegte; niemand von den Zeugen hat derartige Anordnungen des Angeklagten gehört oder durchgeführt.

Die ins einzelne gehenden Behauptungen des Angeklagten über die Gruppierung des Trupps und die Stellung der einzelnen Personen sind ohne jeden Wert für die tatsächlichen Feststellungen. Sie sind nicht einmal im Laufe der Hauptverhandlung vom Angeklagten widerspruchsfrei aufgestellt worden. Zunächst hatte er behauptet, daß er während der Zigarettenpause rechts neben Kasch den Schultz und Wolff, links neben Kasch den Schrader und Hille, aufgestellt habe. Kurz nachher, bei Abgabe des ersten Schusses, soll Kasch aber plötzlich ganz allein gestanden haben. Auf Vorhalt gibt der Angeklagte dann wieder an, links von Kasch hätten sich doch noch Schrader und Hille befunden. Nimmt man die früheren Angaben des Angeklagten über die Aufstellung der einzelnen Personen hinzu, so werden die Widersprüche noch größer. Nach der Aussage vom 14. Januar 1946 sollen Wolff und Schultz mit Kasch zusammen vorausgegangen sein und soll ein Ausfall des Kasch gegen Wolff den ersten Schuß veranlaßt haben. Diese Aufstellung entspricht der Skizze, die der Angeklagte in seinem Kassiber gemacht hat. Unrichtig ist hierbei jedenfalls der Platz des Zeugen Lemberger, denn dieser befand sich zunächst garnicht bei dem abziehenden Trupp. Wie wenig sich der Angeklagte auf wirkliche Erinnerungen stützt, geht auch daraus hervor, daß er früher ins einzelne gehende Angaben über den Platz und über die Beteiligung des Zeugen Claussen gemacht hat, bei der Gegenüberstellung in der Hauptverhandlung mit diesem aber schließlich einräumte, es

es sei möglich, daß Claussen an dem Abend überhaupt nicht dabei gewesen sei. Das Gericht ist daher der Ansicht, daß alle Einzelheiten des Angeklagten über die Stellung der Beteiligten nicht wirklich auf seiner Erinnerung beruhen, sondern von ihm zu verschiedenen Zwecken im Laufe des Verfahrens erdacht worden sind. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß der Angeklagte sich mit solcher Deutlichkeit nach 14 Jahren noch an nebensächliche Einzelheiten sollte erinnern können. Außerdem hatte er bei der Dunkelheit, die nach übereinstimmenden Zeugenaussagen herrschte, gar nicht die Möglichkeit zu erkennen, wo die einzelnen Männer sich befanden. Die einzige Feststellung, die noch mit Sicherheit getroffen werden kann, ist die, daß während der Zigarettenpause der Angeklagte mit Kasch Winkler zusammenstand, daß ein größerer Teil der SA-Männer zurückgeblieben war und daß einzelne, jedenfalls der Zeuge Wolff, sich weiter vorausgegangen waren.

Die Behauptung des Angeklagten, er habe vor Abgabe des ersten Schusses eine Bewegung des Kasch wahrgenommen, die er für einen Fluchtversuch gehalten habe, sieht das Gericht als widerlegt an. Der Angeklagte hat keine deutlichen Angaben darüber machen können, was für eine Bewegung er bemerkt haben will. Er benutzt den Ausdruck "affenartige Geschwindigkeit" und "nach rechts drängen", gibt auf Vorhalt zu, daß Kasch einen richtigen Sprung noch nicht gemacht habe, daß er aber nach Ansicht des Angeklagten einen Sprung hätte machen wollen. Die ganzen Erklärungen des Angeklagten zu dieser Frage in der Hauptverhandlung rufen den Eindruck hervor, daß es sich hier nicht um ein wirkliches Erinnerungsbild des Angeklagten handelt. Die Widersprüche in der Einlassung des Angeklagten werden noch größer, wenn man seine früheren Angaben zum Vergleich heranzieht. Bei seinen ersten Vernehmungen ist davon die Rede, daß zuerst von entgegenkommenden Kommunisten geschossen worden sei und daß Kasch versucht habe, nach dort zu entkommen. D

Diese
sie vo
weist
beste
Nachde
mußte
und v
des K
gegen
ein a
hätte
habe.
daß e
ander
sich
allei
gebli
nach
zur
war
daß
Fluc
tere
Kasc
von
unmi
dure
entz
eine
nehm
von

Diese Einlassung hat der Angeklagte später fallen gelassen, da sie von keinem der Zeugen bestätigt wurde. In seinem Kassiber weist der Angeklagte darauf hin, daß diese Notwehr-Theorie die beste Verteidigung gewesen wäre, wenn alle so ausgesagt hätten. Nachdem er diese Behauptung nicht mehr aufrechterhalten konnte, mußte er zugeben, selbst den ersten Schuß abgegeben zu haben und versuchte, dies nun durch einen angeblichen Fluchtversuch des Kasch zu rechtfertigen. Einmal ist davon die Rede, daß Kasch gegen den neben ihm gehenden Wolff einen Ausfall gemacht habe, ein andermal heißt es, daß Schrader den neben ihm gehenden Kasch hätte schlagen wollen und Kasch eine Ausweichbewegung gemacht habe. Dann ist sich der Angeklagte aber schließlich auch bewußt, daß ein Fluchtversuch des Kasch sehr unglaubwürdig ist, wenn andere SA-Männer in Armeslänge neben ihm standen; daher erklärt sich dann wieder die Behauptung, Kasch habe in dem Moment ganz allein gestanden. Von den Zeugen hat niemand etwas von dem angeblichen Fluchtversuch des Kasch bemerkt. Ein solcher war auch nach der ganzen Sachlage äußerst unwahrscheinlich. Kasch hatte zur Erschwerung der Flucht Holzpantoffeln anziehen müssen und war nach Behauptung des Angeklagten darauf hingewiesen worden, daß man von der Waffe Gebrauch machen würde, falls Kasch einen Fluchtversuch unternehmen sollte. Der Angeklagte und noch weitere SA-Männer trugen ihre Pistolen schußbereit in der Hand. Kasch war von einer überwältigenden Mehrheit Bewaffneter umgeben, von denen sich zum mindesten der Angeklagte und Winkler in seiner unmittelbaren Nähe befanden. Er hatte auch keine Möglichkeit, durch plötzliches Entspringen sich dem Bereich der Waffen zu entziehen. Nach rechts war der Weg, auf dem er sich befand, von einem kleinen Graben und Zaun begrenzt. Kasch konnte nicht annehmen, diese Hindernisse überqueren zu können, bevor jemand von der Schußwaffe Gebrauch machen konnte. Wenn er trotz allem

allen mit "affenartiger Geschwindigkeit" eine Bewegung nach zur Flucht gemacht haben sollte, dann hätte er, im Schwung der Bewegung von mehreren Geschossen getroffen, in den Graben oder gegen den Zaun fallen müssen. Er hat aber, wie der Angeklagte zugibt, auf dem Wege, und zwar an dessen rechter Seite geleitet. Der Angeklagte erklärt dies damit, daß Kasch noch keinen Schuß gemacht habe, sondern nach seiner Ansicht einen Satz haben wollen. Es ist dem Angeklagten aber nicht gelungen, darzulegen, durch welche tatsächliche Beobachtung er zu dieser Ansicht gelangt ist. Die Behauptung des Angeklagten, daß der Tatort irgendwie beleuchtet gewesen sei, ist durch die Bekundung sämtlicher Zeugen widerlegt. Das weitere Verhalten des Angeklagten spricht auch nicht dafür, daß er den ersten Schuß zwecks Verhinderung der Flucht des Kasch abgab. Er hat nicht "Halt" oder irgendetwas anderes gerufen, was auf einen Fluchtversuch hindeuten konnte; einen solchen Ausruf hätte irgendeiner von den Anwesenden, jedenfalls der neben ihm stehende Winkler, hören müssen. Entscheidend fällt aber ins Gewicht, daß der Angeklagte, nachdem Kasch liegengeblieben war, die angebliche Flucht also jedenfalls verhindert war, sich überhaupt nicht mehr um Kasch gekümmert hat. Wenn die Schüsse nur den Zweck gehabt haben sollten, die Flucht zu verhindern, so stand nun nichts mehr im Wege, den verletzten Kasch, der ja nicht mehr fliehen konnte, abzutransportieren. Vor allem war kein Anlaß, vor der Polizei, mit deren Eintreffen zu rechnen war, zu flüchten. Das Gericht steht daher fest, daß die Behauptung des Angeklagten, er sei der Meinung gewesen, Kasch habe einen Fluchtversuch machen wollen, richtig ist.

Daß der Angeklagte den ersten Schuß auf Kasch abgegeben gibt er zu. Er behauptet, es sei nur ein Warnschuß gewesen, der nicht treffen sollen. Der Angeklagte habe seinen auss

ausgestreckten Arm mit dem Revolver schräg nach oben gehalten. Bei solcher Armhaltung, die der Angeklagte in der Hauptverhandlung demonstriert hat, hätte allerdings Kasch unmöglich getroffen werden können. Der Angeklagte hat aber stets eingeräumt, daß sein Schuß Kopf oder Schultern des Kasch hätte treffen können. In seinem Kassiber schreibt er selbst, daß sein Schuß den Kasch am Schulterblatt rechts oben getroffen habe. Dies ist zwar objektiv nicht richtig, da Kasch eine derartige Verletzung nicht aufgewiesen hat. Aus diesem Zugeständnis des Angeklagten geht aber hervor, daß er seinen Revolver beim ersten Schuß so gehalten hat, daß ^{er} Kasch treffen konnte und auch damit rechnete, ihn getroffen zu haben.

Wer die unmittelbar auf den ersten Schuß folgenden Schüsse abgegeben hat, kann nicht festgestellt werden. Es besteht die Möglichkeit, daß der Angeklagte noch weitere Schüsse auf Kasch abgegeben hat; nachgewiesen ist dies jedoch nicht. Die andere Möglichkeit ist die, daß sofort nach dem ersten Schuß andere SA-Männer das Feuer auf Kasch eröffneten. Die Behauptung des Angeklagten, er habe angenommen, daß von vorn Kommunisten schossen, ist unglaubwürdig und dadurch widerlegt, daß niemand von den Beteiligten ernstlich mit der Möglichkeit eines kommunistischen Eingreifens rechnete, wie oben dargelegt. Diese Behauptung ist der Rest von der ursprünglich viel weiter gehenden Behauptung, die Kommunisten von vorn hätten überhaupt die Schießerei begonnen.

Über die Zahl der Schüsse kann festgestellt werden, daß es mindestens vier waren, da so viele Einschüsse im Krankenhaus festgestellt wurden. Die Zeugen Lemberger und Wolff sprechen von 3 bis 4 Schüssen, die Zeugen Lüders und Zilian von 5 Schüssen, der Zeuge Winkler von 8 bis 10 Schüssen und der Angeklagte von 20 bis 30 Schüssen. Genaue Feststellungen können hier nicht

nicht getroffen werden. Das Gericht nimmt eine Mindestzahl vier und eine Höchstzahl von zehn Schüssen an. Eine auffallend hohe Zahl der Schüsse waren Treffer, wenn man die herrschende Dunkelheit und die geringe Treffsicherheit von Handfeuerwaffen berücksichtigt. Aus diesem Trefferergebnis geht hervor, daß die Schüsse auf Kasch gezielt und aus ziemlich geringer Entfernung abgegeben wurden. Die Möglichkeit von Zufallstreffern scheint ausgeschlossen. Wenn es andere Personen als der Angeklagte waren, die diese Schüsse abgegeben haben, dann haben sie also sofort nach dem Schuß des Angeklagten ein gezieltes Feuer auf Kasch eröffnet. Der erste Schuß des Angeklagten bildete für sie das Signal zur Feuereröffnung. Der Angeklagte gibt zu, daß sein Schuß auch den Zweck gehabt habe, die anderen SA-Männer zu alarmieren. Sie haben diesen Alarmschuß offensichtlich im Sinne des Befehls "Feuer frei" verstanden. Der Angeklagte hat nach eigenem Geständnis nichts unternommen, um der Schießerei ein Ende zu machen, etwa durch einen Zuruf.

Über die Person der Schützen stellt der Angeklagte in der Hauptverhandlung die Behauptung auf, alle außer Hille hätten geschossen; dies steht im Widerspruch zu seiner Behauptung, er sei sofort nach seinem ersten Schuß in den Graben gesprungen und habe keine Einzelheiten beobachtet. Tatsächlich war eine Feststellung, daß jeder Einzelne von den anderen SA-Männern geschossen hätte, bei der Dunkelheit unmöglich. In dieser Richtung hat der Angeklagte auch früher die verschiedensten und widersprechendsten Angaben gemacht, wie oben im Einzelnen ausgeführt ist. Einmal wird behauptet, es sei noch auf den Boden liegenden Kasch geschossen worden, ein andermal, Kasch sei erst zu Boden gefallen, nachdem die Schießerei zu Ende gewesen sei. All diese Angaben stellen nach Ansicht des Gerichts nur einen Versuch des Angeklagten dar, zu Mindestens

mindesten einen Teil der Schuld auf Andere abzuwälzen. Irgendein Wert für die Feststellung des wirklichen Hergangs kommt diesen Angaben nicht zu.

Der Ruf "Wer nicht schießt, wird selbst erschossen" oder eine ähnliche Ausserung in diesem Sinne soll nach Behauptung des Angeklagten von Gallien gemacht worden sein. Lemberger hat diesen Ruf gehört, weiß aber nicht, von wem er ausging. Es ist demnach nicht nachgewiesen, daß etwa der Angeklagte dies gerufen hat. Andererseits steht nach seiner eigenen Angabe fest, daß er nichts gerufen hat, um dieser Aufforderung zum Schießen entgegenzutreten. Ob nach diesem Ruf noch Schüsse abgegeben wurden, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Aus der Notiz in der Krankengeschichte und aus den Beobachtungen des Zeugen Kasch an der Mütze des Getöteten geht hervor, daß dem Kasch noch eine Kopfverletzung beigebracht wurde, die nicht eine Schußverletzung war. Durch den Fall auf den Boden konnte eine derartige Beschädigung der Mütze nicht eintreten. Es ist nicht erwiesen, in welcher Weise, von wem und mit welchem Gegenstand diese Verletzung dem Kasch beigebracht wurde oder ob der Angeklagte diese Handlung bemerkt hat. Fest steht jedenfalls, daß er nichts getan hat, um sie zu verhindern, da er sich um Kasch nach Abgabe der Schüsse nicht mehr kümmerte.

Zusammenfassend ist festzustellen: Der Angeklagte gab den ersten Schuß auf Kasch ab, wobei er mit der Möglichkeit rechnete, daß dieser Schuß den Kasch in Kopf oder Schultern treffen und somit töten konnte und indem er diese Möglichkeit in Kauf nahm, falls er sie nicht sogar beabsichtigte. Die weiteren Schüsse, die in ihrer Gesamtheit den Tod des Kasch herbeiführten, gab entweder der Angeklagte selbst oder ein oder mehrere andere SA-Männer ab, die den ersten Schuß des Angeklagten als Erlaubnis zur allgemeinen Feuereröffnung auffaßten. Der

Der Angeklagte rechnete in diesem Falle damit, daß auch Andere auf Kasch schießen würden, da er aus der Äußerung des Schrader wußte, daß zum mindesten dieser noch mit Kasch "abrechnen" wollte. Der Angeklagte billigte diese Schüsse der Anderen, da er als Führer des Trupps nichts unternahm, um die Einstellung des Schraders herbeizuführen, und auch einer ausdrücklichen Aufforderung zum Schießen nicht widersprach. Der Angeklagte hat demnach vorsätzlich einen Menschen getötet, und zwar entweder allein oder gemeinschaftlich mit Anderen.

Daß diese Tötung des Kasch von vornherein bei dem ganzen Unternehmen vom Angeklagten beabsichtigt war, daß er sie vorher mit Anderen besprochen hat und daß er bei der Tötung mit Überlegung handelte, kann nicht festgestellt werden. Es liegen allerdings verschiedene Verdachtsgründe in dieser Richtung vor, die jedoch zum Beweise nicht ausreichen. Die Möglichkeit kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Angeklagte bei Abgabe des ersten Schusses unüberlegt aus einem plötzlichen Einfall heraus handelte.

IV. Rechtliche Beurteilung.

a) Fall Outzen:

Der Angeklagte hat an ~~XXXX~~ der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge teilgenommen, die mit vereinten Kräften gegen die Person des Outzen Gewalttätigkeiten beging. Er war als Führer des Haufens Rädelsführer im Sinne des Gesetzes und ist nach § 125 Abs. I und II StGB. wegen schweren Landfriedensbruchs zu bestrafen. Durch die gleiche Handlung hat er sich einer gemeinschaftlichen Freiheitsberaubung nach §§ 239, 47 StGB. schuldig gemacht, indem er den Outzen mit Hilfe der anderen Personen daran hinderte, seines Weges zu gehen. Über die Rechtswidrigkeit der Freiheitsberaubung war der Angeklagte sich im Klaren, da Outzen gerade zuvor von der Polizei auf freien Fuß gesetzt war.

worden war. Ferner liegt in der Handlung des Angeklagten eine versuchte Nötigung nach §§ 240, 43 StGB., da er versuchte, durch Gewalt den Outzen zur Angabe des Aufenthaltsortes des Kasel zu nötigen; der Widerrechtlichkeit war er sich hierbei aus dem vorstehend angegebenen Grunde bewußt. Weiterhin ist der Angeklagte der gefährlichen Körperverletzung nach §§ 223a, 47 StGB. schuldig, indem er an der körperlichen Mißhandlung des Outzen durch die Menschenmenge zwar nicht mit eigener Hand, aber durch seine geistige Mitwirkung als Sprecher teilnahm und sich dieser Mißhandlungen als Mittel für die von ihm versuchte Nötigung bediente. Endlich stellt die Tat auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 dar; es handelt sich um eine Gewalttat, die eine an der Zivilbevölkerung begangene unmenschliche Handlung sowie eine Verfolgung aus politischen Gründen darstellt. Nach dem gemeinschaftlichen Empfinden der Kulturmenschheit muß diese Tat einen starken ethischen Widerwillen in der Richtung erwecken, daß durch sie die Menschenwürde verletzt ist. Die Tat war auch nach damaligem Recht rechtswidrig, und sie sollte das nationalsozialistische Regime fördern; damit sind die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 erfüllt. Gemäß § 73 StGB. kommt für die Bestrafung nur dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafe androht, zur Anwendung. Das ist in diesem Fall das Kontrollratsgesetz Nr. 10, welches die Todesstrafe zuläßt. In der Verordnung der Militärregierung Nr. 47 wird bestimmt, daß, falls ein Verbrechen sowohl nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 als auch als ein Verbrechen nach den geltenden deutschen Gesetzen anzusehen sei, gegen den Angeklagten die Alternativklage erhoben werden könne. Hieraus ist jedoch nicht zu schließen, daß es der Willkür der Anklagebehörde oder des

des erkennenden Gerichts anheimgestellt sei, ob die Tat nach Kontrollratsgesetz Nr. 10 oder nach den geltenden deutschen Gesetzen beurteilt werden solle. Maßgebend bleibt der § 73 StGB, der das Gericht verpflichtet, die Strafe aus dem Gesetz mit der schwersten Strafdrohung zu entnehmen. Diese Bestimmung ist weder durch das Kontrollratsgesetz Nr. 10 noch durch die Verordnung Nr. 47 ausgeschaltet worden.

Gemäß Ziffer 5 Art. II des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 ist Tat weder verjährt noch auf Grund einer der in der nationalsozialistischen Zeit ergangenen Amnestien einzustellen.

b) Fall Kasch:

1933 In diesem Falle hat der Angeklagte vorsätzlich einen Menschen getötet, entweder als Alleintäter oder als Mittäter nach § 49 StGB. Da nicht nachgewiesen ist, daß er die Tötung mit Überlegung geführt hat, liegt nach den §§ 211, 212 in der zur Zeit der geltenden Fassung Totschlag, nicht Mord vor. Nach der Fassung der diese Bestimmungen durch das Gesetz vom 4. September 1941 erhalten haben, könnte die Tat möglicherweise als Mord bezeichnet werden. Nach § 2a StGB ist jedoch die damalige Fassung, die in diesem Falle das mildere Gesetz ist, anzuwenden. Dieser Totschlag stellt gleichzeitig ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 dar; das oben hierzu Angeführte gilt auch für diesen Fall. Die Strafe ist aus dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 als dem Gesetz mit der schwersten Strafdrohung zu entnehmen.

Das Gericht hat ferner geprüft, ob die Handlung des Angeklagten gleichzeitig den Tatbestand einer Freiheitsberaubung mit tödlichem Ausgang nach § 239 Abs. I und III StGB. darstellt. Diese Frage ist zu verneinen, weil die Rechtswidrigkeit der Handlung nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden kann.

Nach Aufhebung des verfassungsmäßigen Grundrechts der persönlichen Freiheit konnten Festnahmen auf rein polizeilicher Grundlage in sehr viel weiterem Umfange durchgeführt werden, als es bisher der § 127 StPO. vorsah. Ob und welche Befugnisse auf diesem Gebiet etwa der Sturmführer Hoffmann besessen hat, kann nicht mehr festgestellt werden. Jedenfalls handelte aber der Angeklagte nicht mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, sondern er nahm, wie oben näher ausgeführt ist, an, daß Hoffmann zur Erteilung des Auftrages berechtigt und er selbst zu dessen Durchführung verpflichtet sei.

V. Strafzumessungsgründe:

Die Taten des Angeklagten haben sich nicht in der Zeit abgespielt, als der Kampf um die Macht auf der Straße noch zwischen den verschiedenen Parteirichtungen ausgetragen wurde, sondern in einer Zeit, als die Macht der NSDAP schon in dieser Hinsicht vollkommen gefestigt war. Es kann ihm deshalb irgend eine entschuldbare Erregung in der Kampfesstimmung nicht zugute gehalten werden. Die Taten zeigen die brutale Freude des Angeklagten an der Machtausübung des Stärkeren gegen den Unterlegenen und Wehrlosen. Sie sind deshalb menschlich verabscheuungswürdig und können von keiner politischen Überzeugung aus entschuldigt werden.

Der lange Zeitablauf hat das Bedürfnis nach einer Sühne dieser Taten wohl gemildert, aber nicht zum Erlöschen gebracht, da von 1933 bis 1945 die Möglichkeit einer angemessenen Sühne nicht bestand.

Andererseits fehlen auch mildernde Umstände nicht völlig. Der häufig vorbestrafte Angeklagte ist von sich aus kein Gewaltverbrecher; keine seiner bisherigen Strafen deutet darauf hin. Die Instinkte des Machtrausches und der Brutalität sind bei ihm daher offenbar erst durch seine Zugehörigkeit zur SA

SA und seine Erlebnisse während dieser Zeit geweckt und von Seiten seiner Führer nach Überzeugung des Gerichts auch bewußt zum politischen Kampf eingesetzt worden. Das ergibt sich daraus, daß der Angeklagte trotz seiner bekannten Vorstrafen bald einen Rang in der SA erreichen konnte und mit wichtigen Aufgaben betraut wurde, wie der Festnahme des Kasch. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß seine Vorgesetzten die Handlungsweise des Angeklagten gegenüber Kasch vorausahnten und gerade deshalb ihn beauftragten und daß der Angeklagte sich auch bewußt war. Jedenfalls ist das Gericht bei Würdigung seines sonstigen Lebenslaufes der Auffassung, daß er von sich zu einer solchen Tat wie der Tötung des Kasch nicht fähig gewesen wäre, wenn er nicht durch seine Dienstzeit in der SA der Auffassung gekommen wäre, daß solche Dinge rühmlich und dienstvoll seien.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände hält das Gericht für den Fall Kasch eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren, den Fall Outzen eine Gefängnisstrafe von einem Jahre für angemessen und ausreichend. Gemäß § 74 StGB. wurde hieraus eine Gesamtstrafe von sieben Jahren und vier Monaten Zuchthaus bildet.

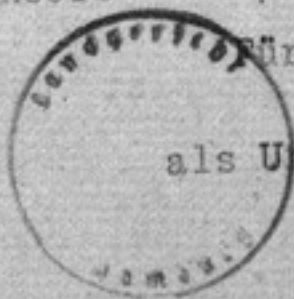
Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO. Nach § 60 wurde dem Angeklagten die bisher erlittene Haft angerechnet, sie zum allergrößten Teil nicht durch das Ermittlungsverfahren gegen ihn, sondern durch die Ermittlungen gegen seine Mitangeklagten verursacht ist, und der Angeklagte die wesentlichen Umstände zu seiner Verurteilung geführt haben, von vornherein zu geben hat.

(Unterzeichnet:)

Scheefe

Claussen

Brüggemann



für richtige Ausfertigung:

als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle

Heinrich Juhl